

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend einen Wohnbau-Gipfel angesichts der Rekordzahl an Wohnungssuchenden in
Oberösterreich

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, alle relevanten Interessensvertretungen, Institutionen, ExpertInnengruppen und ausgesuchte VertreterInnen der Bevölkerung zu einem Wohnbau-Gipfelgespräch einzuladen, um gemeinsam wirksame Maßnahmen für zusätzliche Wohnbauten zum Abbau der Rekordzahl an Wohnungssuchenden in Oberösterreich zu erarbeiten.

Begründung

Die Zahl der Wohnungssuchenden in Oberösterreich steigt seit Jahren stark an. Bereits in der Sonderwohnbaustudie des Landes Oberösterreich aus dem Jahre 2011 war von einem Spitzenwert an Wohnungssuchenden („Nettobedarf“) mit 47.450 (Datenbasis 2010) die Rede. Dieser Wert stieg in den Folgejahren weiter stark an und erreichte 2013 bereits die Rekordzahl von 49.798. Mit Jahresende 2014 sind weitere knapp 1.000 Wohnungssuchende hinzugekommen, womit insgesamt nunmehr 50.797 Menschen in Oberösterreich auf Wohnungssuche sind. Besonders dramatisch ist die Situation im Linzer Zentralraum, wo allein im Jahresvergleich 2013 auf 2014 die Zahl der Wohnungssuchenden von 25.899 auf 28.536 angestiegen ist.

Das Gut Wohnung ist in Oberösterreich zur Mangelware geworden. Diese Situation kann der Oö. Landtag als budgetverantwortliche Institution für die Wohnungspolitik in Oberösterreich nicht tatenlos hinnehmen. Es ist daher das Gebot der Stunde, in Zusammenarbeit mit allen relevanten VertreterInnen wie der Bauwirtschaft, den Mietervertretungen, den gemeinnützigen Wohnbauträgern, den Gewerkschaften, dem AMS Oberösterreich und weiteren erforderlichen BevölkerungsvertreterInnen, ExpertInnen und PolitikerInnen ein Gipfelgespräch für zusätzliche Wohnbaumaßnahmen einzuberufen. Klares Ziel dieses Gipfelgesprächs muss ein Ende der Rekordjagd bei den Wohnungssuchenden und ein konsequentes Gegensteuern durch gezielte Wohnbaumaßnahmen sein.

Finanziell ist von Seiten des Landes Oberösterreich jedenfalls die Möglichkeit für zusätzliche Investitionen in Wohnbauten vorhanden, da das Land Oberösterreich über den Verlauf der aktuellen Gesetzgebungsperiode nicht einmal jene Mittel im vollen Ausmaß für

Wohnbaumaßnahmen eingesetzt hat, die im Rahmen des Finanzausgleichs vom Bund an das Land Oberösterreich überwiesen wurden. Das liegt insbesondere daran, dass laut den Rechnungsabschlüssen der Jahre 2010, 2011 und 2012 das verfügbare Wohnbaubudget nicht im entsprechenden Ausmaß für Wohnbauten eingesetzt wurde. Ein besonderer Ausreißer nach unten war dabei das Jahr 2012 mit nur 238,6 Millionen Euro, die für Wohnbau eingesetzt wurden, obwohl vom Bund zirka 285 Millionen Euro im Wege des Finanzausgleichs an das Land Oberösterreich überwiesen wurden. Zudem wurde das Wohnbaubudget des Landes wiederholt gekürzt, anstatt es im notwendigen Ausmaß zu valorisieren. Sollten dennoch die Landesmittel für die erforderlichen Wohnbaumaßnahmen zum Abbau der steigenden Zahl an Wohnungssuchenden nicht ausreichen, dann kann im Jahr 2015 noch auf Finanzierungs-möglichkeiten über eine Wohnbauanleihe oder die Europäische Investitionsbank zurückgegriffen werden.

Mit zusätzlichen Wohnbaumaßnahmen würde nicht nur die Zahl der Wohnungssuchenden verringert, es könnte auch der Druck auf die steigenden Mietpreise verringert werden. Diese fielen zuletzt deutlich höher als die Inflation aus – im Dezember 2014 betrug die Mietzinssteigerung bei einer allgemeinen Inflation von einem Prozent mit plus 5,1 Prozent gar mehr als das Fünffache. Einer derart sprunghaften Entwicklung hält auch die Einkommensentwicklung keineswegs stand, was die soziale Dimension der Mietpreissteigerungen weiter verschlimmert.

Gleichzeitig zum Rekordstand an Wohnungssuchenden leiden die OberösterreicherInnen auch in einem Rekordausmaß an Arbeitslosigkeit: Im Jänner 2015 waren 50.680 OberösterreicherInnen auf Arbeitssuche und weitere 10.328 in Schulungsmaßnahmen des AMS. Im Februar waren es kaum weniger mit 49.908 Arbeitssuchenden und 10.420 SchulungsteilnehmerInnen. Die meisten Arbeitslosen verzeichnete das Baugewerbe mit 10.069 Personen (Februar 2015), einer Steigerung von 630 Personen im Jahresvergleich. Diese hohe Arbeitslosenquote von 7,7% (Jänner) bzw. 7,6% (Februar) kann wirksam nur durch eine Entlastung der kleinen und mittleren EinkommensbezieherInnen sowie zusätzliche öffentliche Investitionen bekämpft werden. Vor diesem Hintergrund treten die unterzeichneten Abgeordneten für einen Wohnbaugipfel für zusätzliche Wohnbaumaßnahmen zur Eindämmung der hohen Mietpreise und zur Belebung der beschäftigungsintensiven Bauwirtschaft ein.

Linz, am 9. März 2015

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Baumgartner, Eidenberger, Pilsner, Weichsler-Hauer, Müllner, Bauer, Schaller, Peutlberger-Naderer, Krenn, Affenzeller, Promberger